

DIE ZEITUNG DER DELEGATION DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

# europa **ROT**



## EU in der Zerreißprobe – Europa mit links verändern

europäisch. solidarisch. links! Die EU umkremeln.



Foto: Louise Schmidt

**Interview mit Gabi Zimmer,**  
Vorsitzende der Linksfraction GUE/NGL

## Linke dürfen Kampf um Europa nicht aufgeben

»Another Europe is possible« – ein Slogan, den Ihr Linken im EU-Parlament immer wieder aufgegriffen habt. Wie realistisch ist dieser Ruf nach einer anderen EU heute angesichts der jahrelangen Krise?

Die EU ist ja schon mitten drin in den Veränderungen. Aber nicht die, die wir wollen. Die Folgen der jahrzehntelangen Privatisierungen und Deregulierungen, der dramatischen Haushaltskürzungen, der zunehmend machtpolitischen und militärischen Ausrichtung der EU haben ihre Wirkung erreicht: Statt Solidarität miteinander steht Konkurrenz gegeneinander, mehr Nationalismus. Zu den Folgen gehört auch die Entpolitisierung der Gesellschaften. Das erschwert die Diskussion und die Mobilisierung

für ein anderes Europa erheblich. Die Union scheitert daran, die vor Krieg, Zerstörung und politischer Verfolgung Fliehenden menschlich zu behandeln. Und dass, obwohl Tausende von Freiwilligen alles tun, um zu helfen und die Not der Flüchtlinge zu mildern. Sie schließt stattdessen Deals mit Despoten, um Flüchtlinge abzuwehren und ihrem Schicksal zu überlassen.

Nein, weder Idomeni noch die Zäune von Ungarn sollten für unser Europa stehen. Offensichtlich reichen gute Losungen allein nicht aus, um den Schalter umzulegen. Wir müssen unseren Kampf um Europa mit der Wiedererringung des Öffentlichen verbinden. Alles, was in den letzten Jahren an Grundrechten, Standards und Demokratie abge-

baut wurde, muss wieder her und allen in der EU zur Verfügung stehen. Damit sollten wir anfangen.

**Sollten denn die letzten Europawahlen mit der erstmals möglichen Wahl von Spitzenkandidaten europäischer Parteien nicht dazu beitragen, die Lähmung der EU-Integration zu überwinden?**

Ja, die Wahl wurde als historischer Moment der europäischen Demokratie gepriesen. Das war's dann aber mit der Bürgerbeteiligung. Die Europäische Bürgerinitiative

für einen Stopp des Freihandelsabkommens TTIP mit 3,3 Millionen Unterschriften wurde von der Kommission anfänglich ebenso geringgeschätzt wie die großartigen, EU-weiten Protestdemonstrationen hundertausender Bürgerinnen und Bürger. Dennoch blieb diese Mobilisierung nicht wirkungslos. Die Kommission musste reagieren. Das reicht noch nicht, um die Freihandelsabkommen zu kippen. Aber es macht Sinn, erreichbare reale Zwischenziele auf dem Weg zu dem von uns angestrebten, anderen Europa zu entwickeln und dafür zu mobilisieren.

**Impressum:** Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, WIB 3M21, B-1047 Brüssel, Belgien · [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) · V.i.S.d.P. Cornelia Ernst  
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin  
Titelbild (Montage): [istockphoto.com/Paolo G.Rocco](http://istockphoto.com/Paolo G.Rocco); [fotolia.com/Schlierner](http://fotolia.com/Schlierner) · Auflage: 115.000

## » Offensichtlich reichen gute Lösungen allein nicht aus, um den Schalter umzulegen. Wir müssen unseren Kampf um Europa mit der Wiedererringung des Öffentlichen verbinden. «

Um auf die Frage zurückzukommen: Die Erinnerung an die schönen Worte während der Wahlkampagne ist schnell von der harten Realität verdrängt worden. Griechenland steht noch immer in einem harten Überlebenskampf. EU-Vertreter erlauben sich verbale Eingriffe und bewerteten Wahlentscheidungen und Referenden. Eine von niemandem legitimierte Eurogruppe entscheidet über die Lebenschancen von Menschen in den sogenannten Programmländern. Und nicht genug: Rechtsextreme und Nationalisten betreiben die Auflösung jeglichen gemeinschaftlichen Zusammenhalts in der EU und fordern offen die soziale, politische und kulturelle Ausgrenzung von Menschen, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Dem müssen wir eine radikale Demokratisierung der EU und mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger entgegensetzen.

### Warum gewinnen in dieser Situation die Rechten an Zustimmung? Wie verändert der deutliche Rechtsruck in einigen Mitgliedstaaten die EU?

Die Rechten haben es geschafft, sich über die EU hinaus als wahrnehmbare Alternative zum bestehenden Status Quo zu präsentieren. Sie haben ihren Einfluss in den Mitgliedsländern stetig erhöht und Regierungen massiv unter Druck gesetzt. Hinzu kommt, dass – gerade in Osteuropa – massive Strukturereformen erzwungen wurden, die zu tiefen sozialen Spaltungen geführt haben. Heftige Enttäuschungen und das Gefühl, in der EU nur Bürger zweiter Klasse zu sein, sind nicht weg zu diskutieren. Regierungen wie die in Ungarn und in Polen sind das Ergebnis davon. Sie sind jetzt diejenigen, die im Rat Entscheidungen blockieren. Regierungen anderer Länder, wie in den Niederlanden, in Frankreich oder in Österreich, stehen so unter Druck, dass sie immer mehr rechte und nationalistische Positionen übernehmen. Somit setzen die Regierenden in der EU der von den Rechten vertretenen Ansicht, dass die

europäische Integration keinerlei Mehrwert für die EU-Bürgerinnen und Bürger bietet, kaum etwas entgegen. Es rächt sich, dass sie gerade in Grundsatzdebatten über soziale Rechte, Mindeststandards und zur demokratischen Mitgestaltung den Rechtsnationalisten zu oft den »roten Teppich« ausrollten. Der Eiertanz in der Asyl- und Migrationspolitik ist ein Paradebeispiel.

### Wo bleiben die Linken? Habt Ihr die EU als Projekt einer solidarischen Integration aufgegeben?

Ich würde dem gern widersprechen ... Wir haben sie sicher nicht aufgegeben, aber wir sind uns ihrer Gefährdung nicht ausreichend bewusst. Deshalb verdrängen wir, europäische Fragen stärker auf nationaler und lokaler Ebene öffentlich zu diskutieren und uns als tatsächliche Alternative für den europäischen Wandel anzubieten. Dabei brauchen wir gerade in den »Machtländern« der EU politische Änderungen. Damit künftig nicht mehr Einer allein gegen 27 Andere steht. Die Wahlergebnisse linker Parteien im Süden, die im Kampf gegen die Austeritätspolitik ausdrücklich auf die EU setzen, machen diese Hoffnung sehr deutlich. Ob in Spanien, Portugal, Griechenland und in Irland – jene linken Parteien, die ihren Kampf gleichzeitig als einen europäischen annehmen, sind stärker geworden. Weit über ihre eigentlichen Wähler hinaus denken viele Menschen, dass eine Rückkehr in die Verhältnisse vor ihrem EU-Beitritt nichts bringt, weil ihre Lebenssituation so nicht besser wird. Natürlich wollen auch sie nicht, dass alles bleibt, wie es ist. Darin besteht für uns Linke die Herausforderung. Wenn wir sie nicht enttäuschen und verlieren wollen, müssen wir unsere Fähigkeit entwickeln, das Eine zu tun, ohne das Andere zu lassen. Ist es denn wirklich richtig, einfach zu glauben, Demokratie kann es nur auf nationaler Ebene geben? Praktisch im Gegensatz zur europäischen Ebene? Beeinflussen sich beide nicht gegenseitig? Ich frage mich, warum wir

gerade jetzt SYRIZA in der schwierigen Auseinandersetzung mit den Gläubigern um Merkel und Schäuble nicht stärker zur Seite stehen? Weil wir SYRIZA vorwerfen, sich erpresst haben zu lassen? Warum identifizieren sich manche Linke so schnell mit idealistischen Vorstellungen von der Welt und weichen den Alltagskämpfen aus? Gerade in

Türkei unter Erdoğan ist kein sicheres Drittland für Flüchtlinge. Die EU hat massiv an Glaubwürdigkeit verloren, indem sie die Augen vor den Menschenrechtsverletzungen, der Aggression gegenüber der kurdischen Bevölkerung verschließt.

Noch mal: All diese Entwicklungen machen es nicht leichter, die

## » Gerade in schier aussichtslosen Zeiten sollten wir uns an die Kraft der Solidarität erinnern. «

schier aussichtslosen Zeiten sollten wir uns an die Kraft der Solidarität erinnern.

### Kommen wir auf die Frage zurück, ob sich die EU verändern lässt. Sind der drohende Brexit und der schmutzige EU-Türkei-Deal nicht ein Beleg dafür, dass sich die EU langsam auflöst?

Den »Brexit« sehe ich durchaus mit gemischten Gefühlen. Es ist nicht so fundamental entscheidend, wie die Briten abstimmen. Verlierer sind schon jetzt all jene, die für soziale Gerechtigkeit streiten. Wir sollten nicht vergessen, welche Rolle Großbritannien beim Umbau der EU in ein neoliberales Projekt spielte. Thatcher, Blair oder jetzt Cameron waren und sind die Vorreiter einer EU, die sich am US-amerikanischen Modell des Abbaus von Beschäftigungsrechten orientieren. Und bei der Militarisierung der EU-Außenpolitik haben sie fast immer als erste Hurra geschrien. Auch wenn die Briten sich gegen den »Brexit« entscheiden, werden die Nationalisten um UKIP, die eine soziale EU ablehnen, nicht aufgeben.

Zum EU-Türkei-Deal ist schon Vieles gesagt. Ich bleibe dabei: diese

EU so zu verändern, dass sie ein solidarisches und gerechtes Friedensprojekt wird. Wenn aber die EU zerfällt, eskaliert das Destruktive. Die EU-Grundrechtecharta und vieles andere wären weg. Die Auseinandersetzungen um das ohnehin restriktive Abtreibungsrecht, um die Unabhängigkeit der Medien und einklagbare Grundrechte in Polen zeigen schon jetzt, was es heißt, Rechte und Freiheiten zu verlieren.

Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen. Bei aller Kritik am Zustand und der Konstruktion der EU sollten wir an den Vorteilen anknüpfen, die endlich für die Bürgerinnen und Bürger wirksam werden müssen. Das heißt, wir müssen die demokratischen, sozialen und ökologischen Standards einbringen, die für alle zu gelten haben und deutliche Verbesserungen für alle mit sich bringen müssen. Fangen wir am besten mit dem Ziel einer solidarischen Lösung der Flüchtlingsfrage und verbinden wir diese mit der sozialen Frage. Das ist eine große Chance, die wir gemeinsam ergreifen sollten.

Das Interview führte  
**André Seubert**

von Cornelia Ernst

## Vorausseilender Rückzug in nationale Egoismen



grenzen, nicht hermetisch gegen Menschen abriegeln lassen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen. Im Kern geht es aber um das nach zwei Reformen noch immer nicht funktionierende System, das bestimmt, welches Land der EU für welche AsylbewerberInnen zuständig ist. Deshalb ist es auch erst einmal zu begrüßen, dass die Europäische Kommission zwei Optionen unterbreitet hat, wie das Dublin-System überarbeitet werden könnte.

Als erste Option wird ein »Korrekturmechanismus« diskutiert, der greifen soll, wenn hohe Flüchtlingszahlen das Dublin-System zum Kollabieren bringen, und der dann einen Verteilschlüssel vorsieht, welches Land welchen Asylbewerber aufnehmen soll.

Am Grundprinzip von Dublin soll jedoch nichts geändert werden.

Die zweite, etwas bessere Option würde von diesem Grundprinzip abrücken, und einen Verteilungsschlüssel in den Mittelpunkt stellen, andere Kriterien wie Familienbande u. Ä. kämen zusätzlich in Betracht. Mit dieser zweiten Option liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der die ärgsten Probleme lösen könnte. Aber er bedarf der Zustimmung der Mitgliedstaaten, deren Mehrheit nach wie vor auf Abschottung setzt.

**E**s ist schon fast zum Gemeinplatz geworden, wie die relativ hohen Zahlen von Flüchtlingen, die im vergangenen Jahr nach Europa gekommen sind, die gesamte Union auf die Zerrei-

probe stellen. Auf einem EU-Gipfel nach dem anderen wird beschworen, dass eine gemeinsame Lösung her müsse, geprägt wird die Politik dann aber von nationalen Alleingängen, von Grenzschie-

gen, Kontrollen und Asylrechtsverschärfungen.

Dabei wird die schon 20 Jahre alte Abschaffung der Grenzkontrollen im Schengenraum in Frage gestellt, weil sich Grenzen, vor allem See-



ausgebranntes Gemeindeparlament in Sur, Altstadt von Diyarbakir

Foto: Konstanze Kriese



Martina Michels mit ihrem Fraktionskollegen Josu Juaristi, Türkei, November 2015  
Foto: Konstanze Kriese

von Sabine Lösing

## Militarisierung der Flüchtlingspolitik

von Martina Michels

## ... statt Europa die Geschichte, die Seele und die Zukunft zu rauben.

**A**m 1. November 2015 gingen die Menschen in der Türkei zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres an die Wahlurne. Das Weltkulturerbe, die Innenstadt von Diyarbakir hatte zu dieser Zeit schon Wochen der Aussperrung hinter sich. Touristen waren längst verschwunden.

Unweit Diyarbakirs organisierten 2014 noch fünftausend Jesidinnen und Jesiden ihr Überleben in einem Flüchtlingscamp. Inzwischen haben die Kampffjets türkischer Sicherheits-

kräfte die Ruhe beendet, die die Menschen nach den Massakern im Irak gesucht hatten. Das Niemandsland des Camps wurde zum unerträglichen Abstellgleis. Wer konnte, zog auf unsicheren Wegen weiter.

Selbst Hunderttausende Kurdinnen und Kurden aus dem Südosten der Türkei sind inzwischen auf der Flucht vor Vertreibung und Enteignung. Hinter der syrischen Grenze warten zehntausende Syrerinnen und Syrer, die vor dem sogenannten Islamischen Staat fliehen und keinen Schutz in der Türkei finden. Amnesty International meldet Abschiebungen zurück in die Kriegsgebiete durch die Türkei.

Mit dem EU-Türkei-Abkommen fordern derzeit 27 Regierungen Griechenland auf, so zu tun, als ob die Türkei ein sicherer Drittstaat wäre. 27 Staatsoberhäupter schauen weg, wenn sich Ärzte in Idomeni um Menschen kümmern, die von Mazedonien aus mit Gummigeschossen getroffen wurden. Statt das individuelle Recht auf Asyl wieder in Kraft zu setzen, planen die EU-Mitgliedstaaten schon Rückführungsabkommen mit Libyen nach dem »Vorbild« des Türkei-Deals, der so offensichtlich nicht funktionieren kann.

Kommission und Rat müssen ihr Politikversagen in der Flüchtlingsfrage endlich beenden, statt Europa die Geschichte, die Seele und die Zukunft zu rauben.



Foto: Pablo Eekman

**A**ngesichts der aktuellen Fluchtbewegungen ergeben sich prinzipiell zwei Optionen: Entweder wird die EU ihrer Verantwortung gerecht und nimmt Menschen, die sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen, bedingungslos auf und versucht gleichzeitig endlich an den – häufig mit EU-Politiken etwa im Wirtschaftsbereich zusammenhängenden – Fluchtursachen anzusetzen; oder man macht weiter wie bisher, nur mit dem Unterschied, dass bei dem Versuch, gleichzeitig die Festung immer höher zu errichten, zunehmend auch militärische Mittel zum Einsatz kommen.

Die augenscheinliche Entscheidung für die zweite Option wurde bereits in dem im Mai 2011 erschienenen Bericht »Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020« der hauseigenen Denkfabrik der Europäischen Union, dem »Institute for Security Studies« (EUISS) in Paris, vorweggenommen. Schon damals wurde für die Zukunft folgender »Bedarf« angemeldet: »Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die

Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d. h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen.«

Tatsächlich führt die EU eine Reihe solcher »Abschottungseinsätze« durch: Relativ bekannt sind dabei das Agieren der Grenzschutzagentur Frontex und die Operation »Sophia« (EUNAVFOR) im Mittelmeer. Mit ihr sollen Schleppernetzwerke bekämpft werden, wodurch Menschen de facto aber dazu gezwungen werden, immer riskantere Fluchtrouten zu wählen. Weniger bekannt, aber ebenfalls wichtig, sind diverse »Erstüchtigungseinsätze«, um die Kapazitäten zur Migrationsbekämpfung afrikanischer Länder zu »verbessern« – die Einsätze EUBAM Libya, EUCAP Mali und EUCAP Niger etwa sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

Überdeutlich zeigt sich: Der interessen geleiteten Weigerung, Fluchtursachen zu bekämpfen, folgt die Militarisierung der Migrationsbekämpfung auf dem Fuße.



### » Wie ist die Flüchtlingssituation in der Türkei?

**Es gibt 2,7 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge in der Türkei, davon**

- 156.222 Syrer und Syrerinnen in Camps,
- 89.746 unterstützte Syrer und Syrerinnen außerhalb der Camps

**55% der syrischen Flüchtlinge sind Frauen. Daneben gibt es**

- ungezählte nicht registrierte syrische Flüchtlinge,
- zehntausende syrische Flüchtlinge, die schon vor dem Krieg eine Arbeitserlaubnis erhalten haben sowie
- Flüchtlinge anderer Nationalitäten.

Die große Mehrheit der Flüchtlinge, ca. 90%, lebt außerhalb der Camps ohne jede Unterstützung. Neben Syrern und Syrerinnen sind die größten Flüchtlingsgruppen Afghanen und Afghaninnen sowie Menschen aus dem Irak, Iran, Pakistan und Palästina. Ihre Zahl soll weit in die Millionen gehen, wird aber nicht erfasst. Sie leben in der Türkei ohne jede Unterstützung.

**FRONTEX (Frontières extérieures):** Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten  
**EUBAM Libya:** EU-Grenzmanagement-Mission in Libyen  
**EUCAP Niger & Mali:** EU-Missionen u. a. zur Ausbildung von Sicherheitskräften

Quelle: Linksfraction GUE/NGL

von Fabio De Masi

# Eurokrise: Vor dem nächsten Crash?

**A**n den Finanzmärkten gibt es bereits wieder Tumulte, etwa um die Deutsche Bank. Die Märkte sind nervös: in China trübt sich das Wachstum ein. Die Deutsche Bank hat massiv in Rohstoffe und Schwellenländer »investiert«. Sie hat sogenannte CoCo Bonds ausgegeben. Das sind Papiere, deren Eigentümer

beatmen, während Merkel und Co. dem kranken Patienten Eurozone mit der Kürzungspolitik Blut abzapfen. Das billige Geld landet daher auf den Finanzmärkten und nicht in der realen Wirtschaft, weil Unternehmen und Staaten nicht investieren. Die Reichen feiern hingegen dank Bankenrettung und Geldspritze eine Party. Laut Oxfam verfügen die 63 reichsten Menschen über so viel Vermögen, wie die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung. Die Enthüllungen über Steueroasen wie Panama zeigen die kriminelle Energie der Banken und Superreichen.

Die EZB muss öffentliche Investitionen statt Finanzblasen finanzieren. Es mangelt nicht an Zukunftsaufgaben – gerade in der Flüchtlingskrise: Bildung, Wohnraum, oder Energieende.

Wir brauchen eine Vermögensabgabe für Millionäre, nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg. Das Vermögen der europäischen Millionäre und Milliardäre übertrifft die Staatsverschuldung aller EU Staaten.

Damit ließe sich die Wirtschaft aufbauen, die Staatsverschuldung reduzieren und die Krise in Europa überwinden.

» Die EZB muss öffentliche Investitionen statt Finanzblasen finanzieren. «

bei Problemen der Bank haften. Finanzminister Wolfgang Schäuble sah sich daher bereits gezwungen, der Deutschen Bank das Vertrauen auszusprechen. Auf Deutsch: In der Krise bezahlen die Steuerzahler für die Casino Bank.

Die EZB versucht derweil die Banken durch billiges Geld künstlich zu



foto: louise schmidt



## Broschüre: Lux Leaks – Von Oasen und Briefkästen

Lux Leaks, Steueroasen, TAXE-Sonderausschuss und die Steuertricks der großen internationalen Unternehmen.

Die neue Publikation der Delegation DIE LINKE im Europaparlament widmet sich den Entwicklungen der letzten Monate, erörtert die skandalösen Tricks der Konzerne, beleuchtet das Versagen der Regierenden und berichtet über die Arbeit im Sonderausschuss »Steueroasen« (TAXE) des Europäischen Parlaments.

Die Broschüre will erklären und aufklären, anhand der Beispiele von Google und McDonald's.

Die Broschüre kann unter Angabe einer Liefermenge und Lieferadresse kostenfrei unter der E-Mail Adresse

**louise.schmidt@europarl.europa.eu** bestellt oder als PDF > heruntergeladen werden.



Eine Armenküche in Spanien.

Foto: Mattia Insolera (Finalist beim Wettbewerb »Shoot the crisis«)





Foto: Louise Schmitt

von Cornelia Ernst und Manuela Kropp

## Europäische Energieunion: Wir brauchen den Fokus auf erneuerbare Energien!

Seit Februar 2015 kursiert das Schlagwort der »Europäischen Energieunion« in Brüssel – und nicht nur dort, denn es sind die 28 Mitgliedstaaten der EU, die selbst ihren Energiemix festlegen dürfen. Einige haben in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Ausbau erneuerbarer Energien gesetzt, so wie Deutschland, andere Staaten haben bestehende Gesetze zum Nachteil erneuerbarer Energien geändert, wie z. B. Spanien, wo der Verbrauch von selbst produziertem Solarstrom mittlerweile so stark besteuert wird, dass sich ein Solar-Panell auf dem Dach für den Otto-Normalbürger kaum noch lohnt.

Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich in der Vergangenheit Ausbauziele bis zum Jahr 2020 für die erneuerbaren Energien gesteckt: allerdings werden Belgien, Frankreich, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Spanien und Großbritannien höchstwahrscheinlich ihre selbstgesteckten Ziele nicht erreichen. Wir stehen jedoch vor der entscheidenden Verantwortung, den Klimawandel zu bekämpfen. Die Treibhausgasemissionen der EU sollen bis 2030 um 40 Prozent gesenkt werden, so das offizielle Ziel. Doch dies wird nicht reichen, um die Erderwärmung unter 2 Grad, geschweige denn 1,5 Grad, zu halten.

Wir setzen uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Aus-

bauziele für erneuerbare Energien erhöht werden, dass die festen Einspeisetarife für Wind- und Solarstrom wieder eingeführt werden dürfen, und dass die »Europäische Energieunion« nicht nur ein Förderprogramm für Gaspipelines ist. Wir brauchen auch nach 2020 verbindliche Ziele für die Mitgliedstaaten für den Ausbau der erneuerbaren

» Die Risiken der Atomkraft machen nicht an Grenzen halt. «

Energien, sonst werden wir uns nie gegen die Atom- und Kohlelobby durchsetzen können.

Die Risiken der Atomkraft machen nicht an Grenzen halt. Rund um Deutschland befinden sich in den grenznahen Regionen Reaktoren, die besonders störanfällig sind. Wir müssen den Atomausstieg in Deutschland beschleunigen und uns auf EU-Ebene für den schnellstmöglichen Atomausstieg einsetzen! Und gegen den Neubau von Atomkraftwerken.

von Thomas Händel

## Eine europäische Säule sozialer Rechte?

Fast ein Viertel der Menschen in Europa lebt an oder unter der OECD-Armutsgrenze, Reiche werden immer reicher. Prekarität frisst sich wie ein Krebsgeschwür durch Europa. Die EU ist drauf und dran, die Billigung dieses Europas durch die Menschen zu verlieren. Die politischen Entwicklungen

cher Sozial-Knigge ist jedoch überflüssig! Einklagbare Rechte müssen her: ein europäisches Mindestlohnniveau, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, starke Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, verbindliche soziale Grundsicherung, soziale Mindeststandards, Recht auf Wohnung und kulturelle Teilhabe.

» Die EU ist drauf und dran, die Billigung dieses Europas durch die Menschen zu verlieren. «

haben der Kommission einen gehörigen Schrecken eingejagt. Ein neues »Layout« soll also her, ob sich der Inhalt ändert, bleibt abzuwarten.

Jean-Claude Juncker hatte ein soziales »Triple A« und das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« für Europa angekündigt. Zwischen blumigen Ankündigungen und den beschlossenen Initiativen liegen dann häufig Welten. Aus der Umsetzung von »Gleichem Lohn ...« wurde ein völlig unzureichender Versuch, den seit Jahren massenhaften Missbrauch der Arbeitnehmerentsendung kosmetisch zu »reparieren«. Nun will die EU-Kommission eine europäische Säule sozialer Rechte nur »als Bezugsrahmen für Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich ...«. Ein unverbindli-

che Debatte bietet eine gute Chance, in sozialen und politischen Bündnissen nicht nur eine intensivere Europadebatte, u. a. mit anderen linken Parteien in Europa, anzustoßen, sondern auch – mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 – unser Profil für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu schärfen und öffentlich Druck zu entwickeln.

Der Schutz der grundlegenden Sozial- und ArbeitnehmerInnen-Rechte in den Europäischen Verträgen ist unverzichtbar. Wir brauchen ein Europa mit dem Recht auf menschenwürdige und gute Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann. Wir brauchen ein anderes Europa – ein unsoziales Europa ist zum Scheitern verurteilt – mit verheerenden Folgen.



Foto: Pablo Bekman



von Sabine Lösing

## Vom »Ring aus Freunden« zum »Feuerring«

2004 begründete die EU-Kommission die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) mit dem offiziellen Ziel Rechtsstaatlichkeit, neoliberale Marktwirtschaft und Menschenrechte zu stärken um stabile, EU-freundliche Nachbarstaaten zu etablieren.

Die Folgen dieser so beschönigten Macht- und Interessenpolitik sind jedoch lodernde Krisenherde an den EU-Außengrenzen – kurz ein »Feuerring«.

In Wahrheit standen von Anfang an neoliberale Reformen, wie der Abbau von Handelshemmnissen zur

Sicherung neuer Absatzmärkte für europäische Großkonzerne im Vordergrund – allerdings nicht in Bereichen, in denen die ENP-Staaten tatsächlich wettbewerbsfähig wären, wie z. B. im Agrarsektor. Durch solche Maßnahmen explodierte das Handelsbilanzdefizit der südlichen ENP-Staaten mit der EU von 530 Millionen Euro (2006) auf 20,4 Milliarden Euro (2010).

Zudem ist in den ENP-Abkommen zum Teil eine enge Integration in die militärischen Strukturen der Europäischen Union vorgesehen – so auch bei dem Assoziierungsabkommen mit der Ukraine.

2013 war die Weigerung des damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch das Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, ein Grund für den Westen die Maidan-Proteste zu unterstützen. Die gesplante Stimmung im Land bezüglich des Abkommens wurde von Seiten der EU nicht respektiert und die Lage eskalierte im Bürgerkrieg in der Ostukraine.

Diese einseitig von der EU diktierte, aggressive Außenwirtschaftspolitik bringt nur den großen europäischen Unternehmen Vorteile, für die Bevölkerung der ENP-Staaten verschlechtern sich die oft ohnehin schon prekären Lebensbedingungen weiter:

Fluchtursachen werden somit nicht bekämpft, sondern verstärkt!

Auch wenn der Fokus vor allem auf wirtschaftlicher »Zusammenarbeit« liegt, wird die Abschottung Europas mit Rückführungsabkommen von Migranten innerhalb der ENP immer weiter vorangetrieben.

So werden zur Abschottung vor Asylsuchenden Abkommen mit repressiven Autokraten von Marokko bis in die Türkei geschlossen, um diese zur Wiederaufnahme der Geflüchteten zu bewegen. Zusätzlich werden Staaten per Waffenlieferungen und durch so genannte Sicherheitssektorreformen (SSR) – das sind EU-Ausbildungsmaßnahmen für Polizei und Militär – bei der Unterdrückung ihrer Bevölkerung unterstützt. Eine nachhaltige, friedensstiftende ENP braucht stattdessen eine radikale Abkehr vom neoliberalen Raubtierkapitalismus, sowie ernsthafte Investitionen in Bildung, Gesundheit und neue Arbeitsplätze. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen diese Form der Nachbarschaftspolitik aus: Von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Mobilität reden, in imperialer Art und Weise Neoliberalismus diktieren und eine menschenunwürdige Abschottungspolitik betreiben – das ist beschämend.

von Martina Michels

## Regionalpolitik: solidarisches Rückgrat der EU



land in einigen Regionen, z. B. Sachsen-Anhalt, über 40%. Europa ist also nicht nur durch EU-Gesetze Teil unseres Alltags, sondern auch durch diesen solidarischen Ausgleichsmechanismus.

Wie die Mittel verwendet werden, liegt in gemeinsamer Verantwortung der EU und der Regionen. EU-Gesetze bestimmen Finanzierungsregeln und Prioritäten – übrigens neben Wachstum vor allem auch Energieeffizienz, Bildung, Klimaschutz, Armutsbekämpfung sowie Forschung und Innovation. Die politische Strategie bei der Umsetzung und die Auswahl der Förderschwerpunkte ist Sache der Regionen, vor allem der Landesregierungen. Doch die »Schuldenbremse« und ihre europäischen Schwestern, die »makroökonomischen Konditionalitäten«, hoher Verwaltungs- und Prüfaufwand sowie weitere Kürzungen des EU-Haushalts durch die Mitgliedstaaten gefährden den Erfolg der EU-Förderpolitik. Und obwohl wir in der EU einen viel weitergehenden solidarischen Finanzausgleich bräuchten, wollen konservative Kräfte den EU-Haushalt noch weiter stützen und

in der Regionalpolitik mehr auf Kreditinstrumente und PPP (Public-Private Partnership), statt auf Zuschüsse für strukturschwache Regionen setzen. In die schon laufenden Beratungen über die Kohäsionspolitik nach 2020,

muss sich DIE LINKE auf allen Politikebenen gegen weitere Kürzungen und mehr Bürgernähe stark machen und für mehr Solidarität als einzige nachhaltige politische Strategie streiten.

In Regionen, Städten und Gemeinden wird Politik konkret, öffentliche Daseinsvorsorge praktisch erbracht und wirksam. Hier ist der Ort der Begegnung, der Konflikte und der Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebensvorstellungen. Regionen und Kommunen verantworten 55% der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, in Unternehmen und in soziale Dienste. Im Zuge der Wirtschaftskrise ist der Anteil, der dabei aus den EU-Struktur- und Investitionsfonds kommt, noch gestiegen: EU-weit 14%, in zehn Mitgliedstaaten über die Hälfte und selbst in Deutsch-

Niedrigschwelliger Zugang zu Wissen und Beteiligungsmöglichkeiten ist eine Voraussetzung für Mitbestimmung und Mitgestaltung, gerade wenn es um Europapolitik geht, die vielen »weit weg« erscheint.



Deshalb hat DIE LINKE. Delegation im Europaparlament wieder eine Förderwebsite [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu)

Regelmäßige Informationen über Neuigkeiten auf dieser Plattform sind über das Newsletter-Abonnement kostenfrei verfügbar: [www.eu-foerdermittel.eu/newsletter](http://www.eu-foerdermittel.eu/newsletter)



# CETA, TTIP, TiSA – Angriff auf Demokratie, Verbraucherschutz und soziale Standards



**T**rotz massiver Proteste gegen die »Freihandelsabkommen« bleiben EU-Kommission und Regierungen Interessenvertreter der Konzerne.

Die Freihandels- und Investitionsabkommen der Europäischen Union sind in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten – und in das Zentrum von beeindruckenden Protestaktionen, wie in Berlin und kürzlich in Hannover und vielen anderen Städten in Europa. Vor allem die Verträge zwischen der EU und Kanada (CETA), mit den USA (TTIP) und das Abkommen zum weltweiten Handel mit Dienstleistungen (TiSA) werden zu Recht als Bedrohung wahrgenommen. Mit dem Verhandlungsziel »Beseitigung von Handelshindernissen« geraten tatsächlich Errungenschaften unserer Gesellschaften ins Visier massiver Angriffe auf Demokratie, Verbraucher- und Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und die öffentlichen Dienstleistungen. Dieser Angriff wird von politischen Akteuren und großen Konzernen geführt, die einen neoliberalen Umbau der Weltwirtschaftsordnung und der internationalen Handelsbeziehungen mit dem Instrument bindender Freihandelsabkommen erzwingen wollen.

Vielen Konzernen gehen die in der EU errichteten Schutzstandards für VerbraucherInnen, für Beschäftigte, für Umwelt- und Tierschutz, aber auch bestimmte Regulierungen in den USA zu weit. Sie fordern mit TTIP Regelungen einzuführen, die durch wechselseitige Anerkennung von Testverfahren eine Umgehung bestehender Verfahren ermögli-

chen würden. Nehmen wir das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetikherstellung in der EU – in den USA gibt es eine solche Regelung nicht. Die Anerkennung der US-Testverfahren mit Tierversuchen würde die europäische Errungenschaft wertlos machen. Oder die öffentlichen Dienstleistungen: Von Bildung bis Wasserversorgung – verschiedenste kommunale Dienstleistungen, die bislang für alle und bezahlbar angeboten wurden, sollen künftig dem Markt unterworfen werden. Der Handel mit Daten soll weitgehend erlaubt werden. Solcherart Forder-

ungen finden sich in allen großen, aktuell verhandelten Freihandelsabkommen.

Parallel dazu sollen Demokratie und bewährte Gesetzgebungsverfahren praktisch ausgehebelt werden. Denn die öffentliche Meinung und aus ihr resultierende Gesetze gegen genetisch manipulierte Nahrung oder gegen Hormonfleisch oder bestimmte Pestizide gelten als »Handelshindernis«. Die alten Gesetze sollen umgangen werden, zukünftige Gesetze sollen beeinflusst oder verhindert werden. So geht es mit der »regulatorischen Kooperation« darum, dass künftig in einem Beamtengremium alle neuen EU-Gesetze einer Prüfung unterzogen werden müssen, wie sie sich auf Handel und Investitionen auswirken. Wirtschaftsvertreter dürfen dieses Gremium beraten und werden versuchen, »die Notbremse zu ziehen«, wenn Gesetze, z. B. durch Umweltauflagen, den Profit zu schmälern drohen. Für den Fall, dass doch ein neues Gesetz durchkommt, wird mit dem Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren, ISDS, ein Instrument etabliert, mit dem Unternehmen Staaten vor »Sondertribunalen« verklagen können, wenn sie ihre Gewinne wegen staatlicher Auflagen in Gefahr se-

hen. In CETA und wohl auch in TTIP wird dieses Verfahren nun umbenannt in ICS (Investitionsgerichtssystem), folgt aber weiter dem gleichen Prinzip.

Im Sommer soll nun die finale Phase der Verhandlungen beginnen. Besonders die US-Regierung drückt auf's Tempo und will TTIP unterzeichnen solange Obama noch Präsident ist, da sich seine Nachfolger bereits skeptisch zum Freihandel geäußert haben.

In der finalen Phase der Verhandlungen geht es um die besonders sensiblen Bereiche. So hat die EU-Kommission ein Angebot auf den Tisch gelegt, für 97 Prozent aller Waren den Einfuhrzoll auf Null zu senken. Die verbleibenden 3 Prozent sind vor allem landwirtschaftliche Produkte. Die USA sind der größte Agrarexporteur der Welt und drängen auf völlige Marktfreigabe. Die US-Regierung will bestimmte Dienstleistungen nicht in TTIP aufnehmen und bei der öffentlichen Beschaffung weniger anbieten. Zum Schluss kommt es dann zu einem Handel Kuh gegen Telekommunikationsdienst, oder Buchpreisbindung gegen Küstenschiffahrt, oder Marktzulassung für Genprodukte gegen Marktzulassung für Kosmetikartikel.



Mit Manolis Glezos in Straßburg

Foto: Louise Schmidt



Montage: fotolia.com/bilderzweig; freepik.com

von Fabio De Masi

## Die EU dreht nach rechts



Foto: Sebastian Bolesch

**D**ie Hütte brennt. Immer mehr Menschen wenden sich von der EU ab. Das hat Gründe.

Euro-Krise, Flüchtlingskrise, TTIP, Steuer-Leaks, das Abkommen mit der Ukraine. Überall kracht es in der EU. Viele Menschen fürchten um Wohlstand und Demokratie. In Frankreich, Ungarn oder Polen und auch in Deutschland profitieren davon rechte Parteien. Auch weil sozialdemokratische Parteien die Interessen der Mittelschicht und sozial Benachteiligten verkauft haben. Und in der Flüchtlingskrise wird nicht in Wohnraum und Schulen investiert bzw. das Geld bei den Reichen geholt. Vielmehr wollen Merkel & Co. Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte missbrauchen.

Der britische Premier Cameron steht unter Druck. Er lässt die Briten über den Verbleib in der EU abstimmen (der sog. Brexit). Denn auch in Großbritannien sind viele Menschen wütend. Nun gab es einen Deal mit der EU, der laschere Regeln für das

Finanzcasino beinhaltet. Darüber hinaus soll die Gesetzgebung in der EU noch stärker von Lobbyisten der Konzerne und nicht gewählten Bürokraten bestimmt werden (die sog. »Better Regulation«).

Der Briten-Deal wird mit der Wut der Briten begründet. Das ist verlogen. Denn die Briten bewegt nicht zu viel Finanzmarktregulierung oder Arbeitnehmerrechte. Im Gegenteil: Laut Umfragen fürchten sie Lohn-dumping, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und den Verfall des Gesundheitswesens. Wenn der britische Premier dann auch noch Geld in Briefkastenfirmen in Panama versteckt, darf sich niemand über ein böses Erwachen wundern.

Den Griechen hat man im Sommer 2015 rund um das »Nein« in der Volksabstimmung über die angebliche Euro-Rettungspolitik, die nur Banken und Konzernen diene und Kürzungen für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutete, den Euro abgedreht. Cameron erhält hingegen Geschenke. So wird Europa scheitern.

## Brexit. Und dann?

**Die Briten stimmen demnächst über den Verbleib in der EU ab. Rät man britischen Freunden zum Gehen oder Bleiben?**

**TH:** Das ist die Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Stimmt eine Mehrheit für den Verbleib in der EU, bekommt David Camerons Erpressung gegenüber der EU das Placet der Bevölkerung. Auch andere Mitgliedstaaten könnten auf die Idee kommen, für sich nur noch die Rosinen aus dem Gesamtpaket EU herauszupicken. Andererseits, sollten die Briten für den Austritt stimmen, käme am Ende dort trotzdem keine sozialistische Republik raus. Abschottung und Nationalismus würden Urstände feiern. Und auch hier könnten andere Staaten folgen.

**HS:** Das »Projekt« EU befindet sich am Scheideweg und jeden Tag wird klarer, dass es für die herrschenden Eliten in den Staaten so nicht weiter gehen kann. Allerdings geraten sie weniger von links unter Druck, sondern vielmehr scheinen Fähigkeit und Wille der Eliten abzunehmen, die Widersprüche zwischen ihnen zu managen. Die EU definiert sich ja heute nur noch über innere Divergenzen, und das nicht mehr nur in einzelnen, sondern in fast allen Fragen.

» Die alten Brüsseler Politik- und Verteilungsarrangements stehen gerade zur Disposition, und das ist gut so. «

Thomas Händel

**TH:** Ja, was neu ist: die jeweils eigenen Interessen werden nunmehr nicht nur von Deutschland, sondern quasi von fast allen mit aller Härte und durchaus variablen Allianzen durchgesetzt. Die alten Brüsseler Politik- und Verteilungsarrangements stehen gerade zur Disposition, und das ist gut so.

**Das Problem ist dabei, sich selbst zu erledigen?**

**HS:** Nein, da stehen schon noch die konkreten Akteure davor. Die vielen und vor allem gleichzeitigen Krisensymptome haben die Politiker in Brüssel und den anderen Hauptstädten sehr nervös gemacht. Nach der Phase alarmistischer Beschwörungen, der europäischen Friede sei bedroht, ist nun ein hektischer Prozess der Suche nach Auswegen angelaufen. Optionen hierfür zeichnen sich verschiedene ab: die von Cameron ausgedeelte BREXIT-Lösung ist eine solche. Ihr Motto: »Alles soll weitergehen wie bisher, allerdings ohne das, was uns stört.« Sie ist zugleich Gegenthese zum Bestreben der EU-Kommission, ihren weit abgehobenen Zentralismus einfach zu stärken. Eine weitere Option ist, was bei uns im Parlament von den beiden großen Fraktionen vorangetrieben wird: Mit dem Lissabon-Vertrag in der Hand will man einen Weg zwischen Cameron und Juncker finden, der neue Integrationsfelder auftut und damit natürlich die Kommission stärkt, aber das Dealen der Regierungen nicht einhegt.

**TH:** Die bisherige Politik hat faktisch zu einer weiteren Zweiteilung geführt. Nämlich in die Länder des alten Europa, von Spanien

bis Schweden, und jene, die nach dem Ende des Staatssozialismus hinzukamen. Diese Spaltung wird in fast allen Fragen deutlich, seien es Sozialpolitiken oder Flüchtende. Man wird nicht umhin kommen,

**Also: Die Linken in der EU müssen sich zwischen Pest und Cholera entscheiden?**

**HS:** Natürlich nicht, wir müssen aber kurzfristig zwei Weichenstellungen

» Das »Projekt« EU befindet sich am Scheideweg und jeden Tag wird klarer, dass es für die herrschenden Eliten in den Staaten so nicht weiter gehen kann. «

Helmut Scholz

letzteren deutlich zu machen, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Wir werden darüber reden müssen, dass freier Waren- und Personenverkehr nur möglich und sinnvoll ist, wenn alle denselben Regeln unterworfen sind. Das hieße, sowohl in Sachen Steuern als auch Löhnen stärker auf Konvergenz und Harmonisierung zu setzen. Und bis dahin faire Regeln zu etablieren, die gegenseitiges Unterbieten z.B. bei Arbeits- und Sozialstandards verhindert. Nur wer das mitträgt, sollte auch die Vorteile der EU genießen können.

einleiten: Was bisher Formelkompromiss der Partei war, »der Neustart«, muss nun sehr konkret und facettenreich inhaltlich untermauert werden. Wir werden auch nicht darum herum kommen, das »Projekt der Neuausrichtung der EU« in den Mittelpunkt des politischen Diskurses unserer Partei und der europäischen Linken zu stellen, es zu einem breiten gesellschaftlichen Teilhabeprojekt zu machen. Unsere Maxime war doch eigentlich immer, mit den Menschen Politik zu machen. Nur dies ermöglicht uns perspektivisch-politisch erforderliche Antworten und auch die nötigen Mehrheiten für Änderungen.



Foto: Louise Schmidt

von Thilo Janssen

# Risiko Rechtsruck

Die globale Finanzkrise wirkt nach. Das Vertrauen vieler Menschen in Regierungen, EU und Eliten ist nachhaltig erschüttert. Die EU-Regierungen haben keine radikal-demokratische und soziale Antwort auf die Krise gegeben. Das rächt sich. Die EU wird nicht mehr als Raum wahrgenommen, der für Sicherheit und Wohlstand steht. Sie wird selbst als Bedrohung empfunden. Die Krise des Euro, die gescheiterte Flüchtlingspolitik oder die jüngsten Panama-Enthüllungen tun ihr Übriges. Sorgen schlagen in Wut um. Viele Menschen suchen nach einem po-

litischen Anker. Die radikale Rechte nutzt die politische Krise, um Konflikte weiter anzuhetzen. Geschlossene nationale Grenzen sollen die Probleme der Welt aussperren.

Flüchtlinge und Muslime werden als Sündenböcke präsentiert. Mit nationalen Volksabstimmungen will man es den »Eurokraten« zeigen. In vielen EU-Staaten, aber auch in den USA oder in Indien, sind Rechtspopulisten im Aufwind. AfD, Front National oder die britische UKIP sprechen von »Volk« und »Demokratie« – sie missbrauchen diese

werden wie Straftäter behandelt. Die rechtsnationale PiS-Regierung in Polen lehnt es ebenfalls ab, Flüchtlinge aufzunehmen und schürt Angst vor Muslimen. Ein Ablenkungsmanöver: Unterdessen hebelte die PiS das Verfassungsgericht aus und brachte die öffentlichen Medien unter ihre Kontrolle. Nun greift sie die Frauenrechte an. Abtreibung könnte bald selbst nach einer Vergewaltigung strafbar sein. Im EU-Parlament sitzen die Rechtaußenparteien rechts von den Christkonservativen in drei Fraktionen und einer fraktionslosen Gruppe. Sie stellen seit der Europawahl 2014 fast ein Viertel der Abgeordneten, so viele wie nie zuvor. Zusammen arbeiten die Fraktionen der rechten EU-Gegner kaum. Man bezichtigt sich gegenseitig des Antisemitismus' oder Rassismus'. Kürzlich mussten die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch und Marcus Pretzell die Fraktion um PiS, Wahre Finnen, Dänische Volkspartei und die britischen Tories verlassen. Grund: Von Storch hatte einen Schießbefehl gegen flüchtende Frauen und Kinder befürwortet.

Würden sich die Rechten überall durchsetzen, zerfiel Europa in nationale Inseln. Unter den wirtschaftlichen Folgen würden die sozial Schwächsten und die Mittelschichten zuerst leiden. Irgendwann wäre der Frieden zwischen EU-Staaten in Gefahr. Den rechten Führern wird das egal sein. Der UKIP-Chef Nigel Farage, ein ehemaliger Investment-Banker, hat in den letzten 17 Jahren genug Geld im EU-Parlament verdient. Matteo Salvini, Chef der Lega Nord, eifert ihm seit sieben Jahren nach, wie auch Marine Le Pen oder ihr Vater Jean-Marie. Der Name des Butlers des alten Le Pen fand sich in den Panama-Papern.



**Online-Publikation**

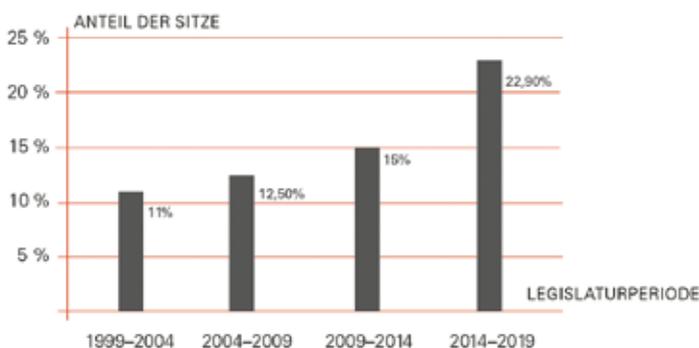
Thilo Janssen: Geliebter Feind (dt. Ausgabe)/ A love-hate relationship (eng. Ausgabe) Rosa Luxemburg Foundation Brussels Office, erschienen: Februar 2016 49 Seiten, in deutsch und englisch

[PDF-Download deutsch](#)

[PDF-Download englisch](#)



**SITZANTEILE EU-KRITISCHER PARTEIEN IM EU-PARLAMENT RECHTS DER EVP ZWISCHEN 1999 BIS 2014**



Quelle: Eigene Berechnung

Begriffe, um Menschen gegeneinander auszuspielen. Was passiert, wenn Rechtaußenparteien die Macht übernehmen, kann in Ungarn oder in Polen beobachtet werden. Ungarns Premier Viktor Orbán ließ kürzlich die Haushaltskontrolle durch das Parlament einschränken. Dies wird die Korruption seiner Partei FIDESZ verschärfen. Davon lenkt Orbán ab, indem er lautstark zum »Kampf gegen Brüssel« aufruft, gegen eine solidarische Flüchtlingspolitik in der EU. Ungarn setzt bewaffnete Soldaten an seinen Grenzen ein, Flüchtlinge



**Thilo Janssen**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Gabi Zimmer



**GUE/NGL**  
www.guengl.eu

## Unsere Linksfraktion im Europaparlament: GUE/NGL

**D**ie zugegebenermaßen etwas sperrige Abkürzung GUE/NGL steht für die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left). In ihr haben sich 52 Europaabgeordnete aus 14 EU-Mitgliedstaaten, 20 Parteien und vier parteilose Abgeordnete zusammengeschlossen. Die GUE/NGL ist die einzige Fraktion im Europaparlament, die mit je 26 Abgeordneten einen ausgeglichenen Anteil von Frauen und Männern aufweisen kann. Unsere Fraktion eint eine Vision des europäischen Integrationsprozesses, der auf Solidarität, den Rechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Frieden, der Gleichstellung der Geschlechter, politischen Freiheitsrechten, mehr Demokratie und ökologischer Verantwortung beruht. Gemeinsam kämpfen wir im Europäischen Parlament gegen eine Politik, die die Stabilität des Euros und die Gewinne von Großkonzernen und Banken über das Leben von Menschen und die Unversehrtheit der Natur stellt. Die GUE/NGL ist die einzige Fraktion im Europäischen Parlament, die sich gegen eine Militarisierung der EU ausspricht. Wir treten zusammen für ein Europa der Menschen, ihrer Rechte und deren Wahrung ein. Mit unseren Genossinnen und Genossen aus den vom Kürzungsdiktat drangsalierten Mitgliedstaaten wie

Portugal, Griechenland, Spanien oder Irland, vertritt unsere Fraktion viele der gesellschaftlichen Stimmen, die bei den Großparteien kein Gehör finden. Auch wenn unsere Fraktion über lediglich sieben Prozent der Parlamentssitze verfügt, stellen wir in dieser Legislaturperiode 17 Abgeordnete mehr als noch in der vergangenen, weil besonders die Linksparteien im Süden der EU starken Zuwachs erreichen konnten. Unsere Fraktion stellt mit Thomas Händel den Vorsitzenden im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), hat den Vize-Vorsitz in den Ausschüssen für Äußere Angelegenheiten (AFET), für Konstitutionelle Fragen (AFCO) und Regionale Entwicklung (REGI), sowie den Vorsitz und Vize-Vorsitz mehrerer EU-Delegationen für die Beziehungen zu Parlamenten in anderen Ländern und Regionen der Erde (darunter jene für Mittelamerika, die Maschrek-Staaten, für Lateinamerika, den Irak, die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP), die Anden-Gemeinschaft, die Türkei, Russland und Chile). Außerdem stellt unsere Fraktion einen Vize-Präsidenten des Europaparlaments.

DIE LINKE ist mit sieben Abgeordneten die größte Delegation in der Linksfraktion, stellt mit Gabi Zimmer ihre Vorsitzende und mit Sabine Lösing die Vize-Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE).

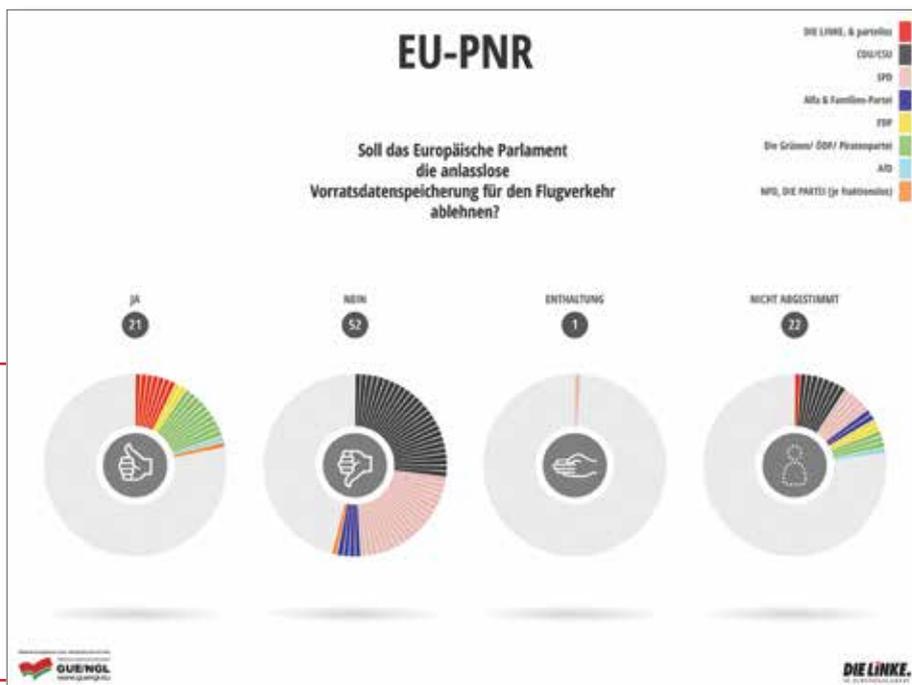
**Unsere Linksfraktion  
im Europaparlament  
setzt sich zusammen aus**

**52 MdEPs**  
aus  
**19 Delegationen**  
plus  
**4 parteilosen MdEPs**  
davon  
**26 Frauen**  
und  
**26 Männern**

**Cornelia Ernst**  
**Die Europäische Fluggastdatenspeicherung**

Ebenso wenig wie bei der Vorratsdatenspeicherung, die bereits von mehreren Gerichten abgelehnt wurde, kann für ihr Gegenstück im Luftverkehr nachgewiesen werden, ein sinnvolles Instrument in

der sogenannten Terrorismusabwehr zu sein. Stattdessen aber eignet sich die Vielzahl der bis zu fünf Jahre gespeicherten Daten dazu, noch genauere Profile der Bevölkerung zu erstellen. Wir und unsere Fraktion haben natürlich gegen diesen Angriff auf die persönlichen Freiheiten gestimmt.



**Cornelia Ernst**  
**Ausschuss für Emissionsmessungen in der Autoindustrie (EMIS)**

»...Weder die Arbeitnehmer von Volkswagen, Škoda Auto, Seat oder Audi, noch die Zeitarbeiter oder die Arbeitnehmer der Lieferanten in Tschechien, Spanien, Portugal oder Deutschland tragen die Verantwortung für diesen Betrug. Es sind die Geschäftsführer von Volkswagen, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Mitgliedstaaten, die die

Typenzulassungs-Verordnung der EU nicht richtig umsetzen, müssen von der europäischen Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren überzogen werden. Welche Rolle die Kommission in der Vergangenheit in diesem Skandal gespielt hat, soll der VW-Untersuchungsausschuss (EMIS) ans Licht bringen.«



**Besucht uns im Europaparlament!**

Ob in Straßburg oder in Brüssel: Mehrmals im Jahr bieten wir in den verschiedenen Bundesländern die Möglichkeit, sich im Zuge einer Besuchsgruppe ein genaueres Bild des Europäischen Parlaments zu machen und eine bessere Vorstellung unserer Arbeit zu bekommen – aktuelle Informationen dazu finden sich auf den Webseiten der Abgeordneten und beim Dienst des Europaparlaments:



**Martina Michels**  
**Digitale Zukunft: Erst kommt das Geld dann die Werte?**

»Die Kommission hat den digitalen Binnenmarkt (Digital Single Market, DSM) entdeckt. Und es muss wirklich furchtbar sein, dass noch nicht alle Menschen länderübergreifend online shoppen oder Filme downloaden können, für die sie offenbar nichts bezahlen wollen. So in etwa verkürzt die Kommission gern die Problemlagen... So einfach ist es aber nicht, wenn wir eine digitale Zukunft sichern wollen, die Wissenszugänge für alle sichert, die Kommunikation und demokratischen Dialog ermöglicht, ohne dabei Überwachungsstrukturen zu errichten.«



**Trade Secrets**

Die "EU-Richtlinie zu Geschäftsgeheimnissen" wird die Verfolgung von Hinweisgebern (Whistleblowern) & Journalisten vereinfachen. Welche Abgeordnete aus Deutschland stimmten dafür?



**Fabio De Masi**  
**Die Richtlinie zu Geschäftsgeheimnissen (Trade Secrets) – Kein Schutz für Whistleblower**

»Enthüllungen wie LuxLeaks oder die Panama Papers haben gezeigt, dass wir auf Hinweisgeber (engl. Whistleblower) angewiesen sind. Dank Ihnen haben wir in der Vergangenheit Konkretes über die

schmutzigen Steuerdeals erfahren. Doch gerade wurde im EU-Parlament eine Richtlinie zu Geschäftsgeheimnissen verabschiedet, die die Verfolgung von Hinweisgebern und Journalisten vereinfachen soll. Das ist falsch. Wir brauchen im Gegenteil einen besseren Schutz für diese Leute. So haben die deutschen EU-Abgeordneten über die Geschäftsgeheimnis-Richtlinie abgestimmt.

**Videoreihe der Delegation DIE LINKE**  
**Politiker trifft Hirn**

Der Südkoreaner Ha-Joon Chang gilt als einer der brilliantesten Ökonomen weltweit. Er ist Professor an der Universität Cambridge. Der linke Abgeordnete Fabio De Masi interviewte ihn für die Delegation DIE LINKE, im Europaparlament zu den spannenden Themen: Lage in der EU, TTIP und Finanzkrise. Die interessanten Ausführungen Changs können Sie über folgenden Link.



**Fabio De Masi**  
**Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers**

»Die Enthüllungen um die Panama Papers haben konkrete Folgen im Europaparlament. Es wurde beschlossen, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, der klären soll, inwiefern durch die Briefkastenfirmen und Trusts europäisches Recht verletzt wurde. Empört haben sich über die Enthüllungen ja viele Politiker – auch aus den Reihen der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD. Dabei

hatte die deutsche Bundesregierung in Verhandlungen zum Thema Geldwäsche zuvor stets versucht, die Transparenz bei Briefkastenfirmen gering zu halten. Fabio De Masi und die linken Abgeordneten im Europaparlament werden im Rahmen des Untersuchungsausschusses versuchen, die schmutzigen Tricks der Reichen und Mächtigen aufzudecken. Und wir werden die anderen Fraktionen unter Druck setzen, damit auf die (gespielte) Empörung dann auch strengere Gesetze folgen.«

**Sabine Lösing**  
**Anti-NATO-Konferenz**

Im Juli 2016 findet der NATO-Gipfel in Warschau statt. Wir, die Linksfraktion GUE/NGL, veranstalten im Vorfeld eine Anti-NATO-Konferenz in Brüssel. Hier kommen AktivistInnen zusammen, die sich gegen das Militärbündnis und für eine friedliche EU engagieren. Die Konferenz bietet Platz für Informationsaustausch und die Vorbereitung internationaler Protestaktionen. Die Veranstaltung kann unter [www.guengl.eu](http://www.guengl.eu) live und auf Deutsch angeschaut werden, mehr Informationen finden sich bei Sabine Lösing.



Helmut Scholz  
**Die EU und der Lissabon-Vertrag**  
 »Wir haben die Option einer Änderung des Lissabon-Vertrags als Möglichkeit begrüßt, auf eine soziale Korrektur des EU-Rechts zu drängen und verfassungsrechtliche und demokratische Rechte durchzusetzen, die perspektivische Freiräume zulassen und Perspektiven für zukünftige Antworten auf globale und auch nationale Herausforderungen ermöglichen. Es ist allerdings erkennbar, dass die Mehrhei-

ten versuchen werden, sich möglichst auf die Einbindung der zum Teil außerhalb des Rechtsrahmens der EU entwickelten Wirtschafts- und Währungssteuerung in das EU-Recht und maximal die Frage der demokratischen Legitimierung und Verfasstheit vor dem Hintergrund der weitergehenden, vertieften Integration in der EURO-Zone zu beschränken.« Mehr Informationen zum Lissabon-Vertrag und konstitutionellen Fragen finden sich bei Helmut Scholz.

**Martina Michels**  
**Der online-EU-Wegweiser**

Am 3. Mai war der Internationale Tag der Pressefreiheit. Wir hatten uns fieberhaft darauf vorbereitet und einmal gefragt: Was können wir – außer nötigen kritischen Worten – als Politikerinnen und Politiker eigentlich selbst beitragen, um für mehr Europäische Öffentlichkeit zu sorgen? Auf wen können und wollen wir aufmerksam machen? Wen müssen wir, auch wenn wir andere politische Auffassungen vertreten, zur Kenntnis nehmen, wenn es um europapolitische Debatten geht. Wo finde ich schnell Informationen? Wo kann ich mich einmischen, mit diskutieren, lernen, Ideen ins Gespräch bringen?« Hierfür haben wir Serviceangebot erstellt:



**Sabine Lösing**  
**Veranstaltung im Europaparlament**

In Zusammenarbeit mit Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation e.V. ist die Broschüre erschienen:  
**»Expansion – Assoziation – Konfrontation: Europas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland«.**

Sie analysiert die Krise in der Ukraine vor dem Hintergrund der Bedeutung des Staates für die geopolitischen Pläne des Westens, besonders im Hinblick auf Deutschlands neue, militärisch unterfütterte Weltmacht-politik. Sie beschreibt die durch den Konflikt wieder auf-

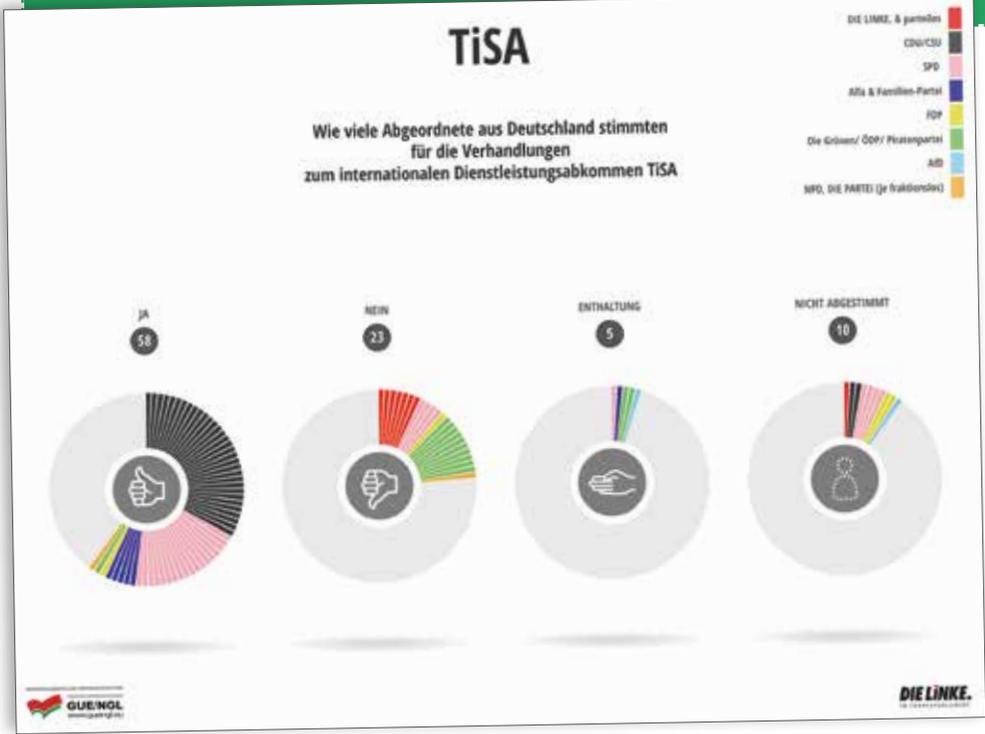


gekommene Blockkonfrontation zwischen dem Westen und Russland. Die digitale Version gibt es bei Sabine Lösing unter [www.sabine-loosing.de](http://www.sabine-loosing.de), die Printversion kann kostenlos im Büro Sabine Lösing bestellt werden.

**TiSA - Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen**

»Wir werden nicht zustimmen, andere Handelsnationen als Feinde zu betrachten und mit TTIP, CETA und TiSA die Waffen in einem Wettrüsten für künftige Handelskriege zu schaffen. Wir müssen unsere Welt vielmehr gemeinsam mit diesen Partnern gestalten. Dafür muss Handelspolitik demokratisch

getragen werden, sie muss auf einem partnerschaftlichen Ansatz in internationalen Handelsbeziehungen, auf den Übereinkünften im UN-Rahmen basieren und soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit entlang der globalen Produktionsketten anstreben.« Mehr Informationen zu den Freihandelsbestrebungen und der dazugehörigen Verantwortung der Politik finden sich bei Helmut Scholz.



# DIE LINKE. im Europaparlament

## Gabi Zimmer

Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied der Konferenz der Präsidenten

Mitglied der Delegation für die parlamentarische Kooperation EU-Moldau

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Stellv. Mitglied in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Stellv. Mitglied in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung

### Ansprechpartnerin für Thüringen

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M003  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 101  
gabriele.zimmer@ep.europa.eu  
www.gabizimmer.eu

 @GabiZimmerMEP



## Cornelia Ernst

Koordinatorin der Linksfraktion im LIBE-Ausschuss

Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Stellv. Vorsitzende in der Delegation für die Beziehungen zum Iran

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Stellv. Mitglied im Untersuchungsausschuss für Emissionsmessungen in der Autoindustrie (EMIS)

### Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M021, B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 660  
cornelia.ernst@ep.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de

 @ErnstCornelia



## Fabio De Masi

Koordinator der Linksfraktion im TAXE-Ausschuss

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Mitglied im Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Wirkung (TAXE2)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Stellv. Mitglied in der Delegation EU-Indien

### Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M031  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 667  
fabio.demasi@ep.europa.eu  
www.fabio-de-masi.de

 @FabioDeMasi



## Thomas Händel

Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (EMPL)

Mitglied in der Konferenz der Ausschussvorsitzenden

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten ASEAN

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Stellv. Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

### Ansprechpartner für Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M063  
B-1047 Brüssel  
thomas.haendel@ep.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu

 @thaendel



## Sabine Lösing

Stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE), Koordinatorin der Linksfraktion im AFET-Ausschuss

Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Mitglied in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Entwicklung (DEVE)

### Ansprechpartnerin für Niedersachsen und Hessen

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M023  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 894  
sabine.loesing@ep.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Martina Michels

Koordination Europapolitische SprecherInnen

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Israel

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)

Stellv. Mitglied in der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss mit der Türkei

### Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M033  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 834  
martina.michels@ep.europa.eu  
www.martina-michels.de

 @martina\_michels



## Helmut Scholz

Koordinator der Linksfraktion im INTA-Ausschuss

Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Stellv. Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

### Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M013  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 893  
helmut.scholz@ep.europa.eu  
www.helmutscholz.eu

 @HelmutScholzMEP



**GUE/NGL**  
www.guengl.eu

**Die Delegation  
DIE LINKE.  
im Europaparlament online:**

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)



@DieLinkeEP



LINKEimEP



LinkemEP



DIE-LINKE-im-Europaparlament

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT